

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich, Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,  
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsegeleschen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 29

Sonnabend, 5. Februar

1921

## Neue Regierungsvorlagen im Landtage.

Dem Landtage sind die bereits angekündigten Vorlagen über die Änderungen im Polizeiwesen (weitere Verstaatlichung der Polizei) und über die Erhöhung der Höhe des Stempelsteuergesetzes um 100 Proz. zugegangen. Näheres darüber ist auf der heutigen Landtagsbeilage ersichtlich.

## Die Kinderzulagen für die sächsischen Beamten.

Nach einer Mitteilung des Präsidenten des Landtags zu Beginn der gestrigen Kammer Sitzung hat die Regierung eine neue Vorlage über die Kinderzulagen für die sächsischen Beamten angekündigt.

## Vom Landtage.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurden die Anträge des Abg. Stellmann (Deutschnat.) und Gen. auf Berücksichtigung der Einkommen aus dem Kirchenamt bei den Ruhestandsbezügen der unter Ziffer 7 des Gesetzes vom 21. Mai 1920 genannten Angehörigen des Lehrerstandes und des Abg. Claus (Dem.) und Gen. auf Einbringung eines Gesetzesentwurfs wegen Regelung der persönlichen Volksschullasten in Schlußberatung einstimmig angenommen. Der Bericht über die Sitzung befindet sich in der heutigen Landtagsbeilage. Die nächste Sitzung findet am 22. Februar nachmittags 1 Uhr statt.

## Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung.

Sachsen steht im Begriff, sich einer Stelle zu werben, wie sie im allgemeinen nur in der Reichshauptstadt bestehen: Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung soll in Dresden seinen Sitz erhalten. Der Grund für diese Erhebung unserer Landeshauptstadt und Sachsen ist in den vorbildlichen Leistungen zu suchen, mit denen der verdorbene Ehrenbürger unserer Stadt, Dr. Carl Dr. Lingner, in der gesundheitlichen Volksbelehrung vorangegangen ist und die ihren dauernden Niederschlag in der großzügigen Lingner-Stiftung und im Hygiene-Museum gefunden haben. Von diesen Einrichtungen und von den Persönlichkeiten, die an ihnen wirken, verspricht man sich offenbar eine reichliche Förderung für die Tätigkeit der geplanten Reichsstelle. Auf der anderen Seite sollte mit dieser Erhebung auch das Streben des Hygiene-Museums, für ganz Deutschland seine Schätze nutzbar zu machen, entschieden erleichtert werden. Gerade in der Zeit unseres tiefsten Darniederliegens ist die Volksgesundheit das allerwichtigste Gut, das es zu schützen gilt. Viele der Wege, die früher, als wir noch reich waren, zu beschreiten die Möglichkeit bestand, sind uns versperrt. Um so wichtiger ist es, darauf hinzuwirken, daß jeder sich selbst soweit als irgend möglich zu schützen und zu kräftigen lernen soll. Die praktische Arbeit in dieser Richtung wird ja allerdings den Landesauschüssen, von denen sich schon eine ganze Reihe im Reich gebildet haben, zufallen, dagegen wird der Reichsausschuß seine große Aufgabe darin finden, diese Bestrebungen nun nach Kräften lebendig zu erhalten und zu unterstützen. Wir begrüßen es, daß die Vertreter der verschiedenen Länder hier in Dresden Gelegenheit haben, unsere Einrichtungen kennenzulernen; andererseits ist es erfreulich, daß nun Sachsen in enge Fühlung mit den anderen Landesauschüssen tritt, um so allen Wünschen, die sich für die tiefere Durchbildung der hygienischen Volksbelehrung ergeben, in gegenseitiger Weise gerecht werden zu können. Es sind schwierige organisatorische und technische Aufgaben, die den Reichsausschuß erwarten; wir hoffen, daß schon die erste Tagung einen regen Gedankenaustausch herbeiführen und den Auftakt zu einem bedeutungsvollen Fortschritt in dieser hochbedeutenden Aufgabe bilden wird.

## Benizelos in London.

Paris, 4. Februar. Nach einer Meldung der „Daily News“ ist Benizelos in London angekommen.

## Die neuen Steuern.

### Erhöhung der Zuckersteuer.

Berlin, 4. Februar. Der Reichsfinanzminister hat bereits angekündigt, daß zur Deckung des durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstandenen Fehlbetrags im Reichshaushaltsetat das Gebiet der indirekten Steuern herangezogen werden müsse. Wie wir hören, liegt bereits ein Entwurf vor, der die Erhöhung der Zuckersteuer von 14 M. auf 100 M. für den Doppelpentner vorsieht, außerdem befinden sich Entwürfe in Ausarbeitung, die eine Erhöhung der Branntweinabgabe, der Reichsstempelsteuern, des Versicherungstempels, des Börsenumsatzstempels und die Einführung einer Teufelumsatzsteuer vorschlagen; ferner wird an die Erhöhung der Umsatz- und der Kohlensteuer gedacht.

### Staatssekretär Bergmann und die Brüsseler Verhandlungen.

Berlin, 4. Februar. Wie wir erfahren, hat der 1. Delegierte der deutschen Delegation in Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Festsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. d. M. erhalten. Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse beschäftigt sei und hierbei der Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

### Görigkeit des deutschen Arbeiters.

Paris, 4. Februar. Das Blatt „Le Peuple“

### Deutschlands Anebelung.

A. Genf, 4. Februar. Wegen die deutsche Ablehnung der Pariser Beschlüsse wendet sich am heftigsten der „Temps“, der die Gefahr des völligen Ruins für Frankreich und die Gefahr eines neuen Krieges herandämmern sieht, wenn diese Beschlüsse nicht restlos durchgeführt würden. Frankreich würde bei einer Revision dieser Beschlüsse nur lächerlich geringe Summen erhalten und die Rechtsparteien in Deutschland, für die eine Revision des Abkommens vom 29. Januar ein Erfolg bedeuten würde, könnten diese nur durch eine aggressive Außenpolitik befestigen, die schließlich zum Kriege führen würde. Der ehemalige Kriegsminister Lefèvre erklärt in einem Aufsatz des „Journal“, in den sechs Wochen seit seinem Rücktritt habe sich seine Anschauung noch gefestigt, daß Frankreich allein fast genug bleiben müsse, um seine Ansprüche Deutschland gegenüber durchzusetzen. Deutschland müsse nicht nur entworfen werden, sondern es müsse in dauernder militärischer Ohnmacht gehalten werden. Das sei das einzige Mittel, um Deutschland jeden Versuch zu nehmen, sich in ein neues Abenteuer zu stürzen, das sonst unweigerlich kommen müsse. Im Verein damit müsse Frankreich eine aktive Politik in Osteuropa führen und die polnisch-litauisch-ukrainisch-rumänische Barriere zwischen Deutschland und Rußland aufrecht erhalten. Das gleiche gelte für Frankreich im Westen. England und die Vereinigten Staaten von Amerika hätten ihre Sorgen und dächten auch anders über das ganze Problem, jedoch Frankreich auf sie kaum rechnen könne.

### 50. Geburtstag des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Februar. Die Mitglieder des Reichskabinetts sprachen heute unter Führung des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten vor, um ihm zu seinem 50. Geburtstag die Glückwünsche auszusprechen.

### Die englischen Budgetkredite.

Paris, 4. Februar. Wie der „Matin“ aus London meldet, sagte der Finanzminister Chamberlain in Birmingham in einer Rede über das Budget für 1921/22, die im Budget geforderten Kredite beliefen sich auf 950 Mill. Pf. Sterl.

lagt zu der gestrigen ministeriellen Erklärung, die Ansicht, daß Deutschland 2200 000 t Kohlen monatlich, anstatt 2 000 000, wie jetzt, liefern solle, bedeuete nur, daß der deutsche Arbeiter eine erschöpfende Mehrarbeit leisten muß. Man kann nicht sagen, daß diese Forderung dem Vertrage von Versailles entspreche, weil das dem Vertrage beigegebene Arbeitsrecht den Grundgedanken des Abkommens bestätigt, der jetzt schon überschritten werden mußte. Mit seiner Ankündigung hat Briand gestern den deutschen Arbeitern mitgeteilt, daß diese sich in Hörigkeit befinden.

### Abbruch der englisch-russischen Verhandlungen?

Kopenhagen, 4. Februar. Nach einer Meldung der „Jornstema“ sind die Verhandlungen zwischen England und Rußland über die Wiedereinführung der Handelsverbindung mit England abgebrochen worden, weil England verlangte, daß Rußland Indien, Kleinasien, Persien und Afghanistan als englische Interessensphäre anerkennen sollte. Die Sowjets sollten sich verpflichten, keine Agitation in diesen Ländern gegen England zu treiben. Außerdem verlangte England, daß Rußland seine ganze Schuld anerkenne.

### Karl Hauptmann †.

Hirschberg, 4. Februar. Dem „Voten aus dem Riesengebirge“ zufolge ist in der vergangenen Nacht der Dichter Dr. Karl Hauptmann auf seinem Besitzum in Schreiberhau an Herzschwäche, die sich als Folge eines im vorigen Jahre eingetretenen Schlaganfalls eingestellt hatte, 63 Jahre alt, gestorben.

### 20 Milliarden Dollars.

Philip Gibbs schreibt im „New York Globe“, daß der Versuch, Deutschland zu zwingen, die festgesetzten Entschädigungssummen zu zahlen, in ganz Europa Unruhen hervorzurufen würde, und er sagt: „Ich bin kein Fachmann. Aber das ist durchaus sicher, daß eine solche Summe nicht eingetrieben werden kann. Wenn die Beschlüsse der Pariser Konferenz tatsächlich ausgeführt werden, dann bedeutet das den langsamen Tod für Deutschland.“ In Washington erklärten hochstehende Beamte, daß die Höhe der festgesetzten Summe unanfechtbar sei und sie schlugen als Maximum für das, was Deutschland imlande sei zu zahlen vor die Summe von 20 Milliarden Dollars.

### Die Indes gegen die neue Verfassung.

Paris, 4. Februar. Der „Matin“ meldet aus Kalkutta: Aus Anlaß der Eröffnung des gesetzgebenden Rates durch den Herzog von Connaught haben die indischen Agitatoren, die das Zusammengehen mit der englischen Verwaltung ablehnen, in Kalkutta Versammlungen abgehalten und Anträge angenommen, in denen die neue Verfassung verurteilt wird. In einer dieser Versammlungen forderte Mohammed Ali seine Landsleute auf, mit ihm zu sterben, weil durch ihren Tod Indien befreit werden würde.

### Raubmord in Chemnitz.

Chemnitz, 4. Februar. Wie die „Neuesten Nachrichten“ melden, ist gestern Abend die 71 Jahre alte Privata Richter, eine Schwester des verstorbenen Chemnitzer Oberpostdirektors R., in ihrer in der Weststraße gelegenen Wohnung mit Stichwunden in Kopf und Hals ermordet aufgefunden worden. Der Mörder ist unerkannt entkommen. In der beabsichtigten Verurteilung wurde er durch das Hinsetzen der Hausbewohner verhindert, jedoch ihm heute nicht in die Hände gefallen ist.

## Die Anschlussbewegung in Oesterreich.

Von unserem Wiener + -Mitarbeiter.

Wien, 3. Februar. Die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland tritt immer mehr in den Vordergrund und wird nun auch den Nationalrat wieder beschäftigen. Die Pariser Beschlüsse wirken dabei durchaus anschlussfördernd. In der letzten Zeit haben der Tiroler und der Salzburger Landtag die Anschlussfrage eingehend erörtert und Abordnungen dieser Landtage sind nun nach Wien entsandt worden, um die Regierung über die Beschlüsse zu unterrichten. Morgen wird der Ausschuss für Außerer des Nationalrates zusammen-treten, um die Anschlussfrage vertraulich zu besprechen. Es werden daher die folgenden Ausführungen, die uns vor einiger Zeit von unserem Mitarbeiter zugegangen sind, als unterrichtend über die Anschlussbewegung unserer Lesern nicht unwillkommen sein.

Bevor die konstituierende Nationalversammlung Österreichs auseinandergeht, hat sie den einstimmigen Beschluss gefasst, es sei bis zum April d. J. ein Volksentscheid über dem Anschluss an das Deutsche Reich einzuzufassen. Seitdem ist Österreich in den Völkerbund aufgenommen worden, und es kann ihm nicht verwehrt werden, dessen Zustimmung zum Anschluss an Deutschland zu erbitten. Für ein solches Gesuch würde eine Volksabstimmung, deren Ausfall nicht zweifelhaft ist, die sichere Grundlage bieten. Wenn aber das Gesuch eingebracht würde, wie es bei Durchführung der Volksabstimmung in der nächsten Tagung des Völkerbundes geschehen müsste, dann würde damit nicht bloß theoretisch, sondern zum erstenmal auch praktisch die große Schicksalsfrage des Bundes aufgeworfen: Sieht der Völkerbund über oder unter den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain? Kann er Recht an die Stelle des Unrechts dieser Verträge setzen? Das ist, im gegebenen Falle, gleichbedeutend mit der Frage: Welche Kompetenz hat die Völkerversammlung des Völkerbundes gegenüber dem Völkerbundrat? Nach den Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain bedarf es für Österreichs Anschluss an Deutschland der einstimmigen Zustimmung des Völkerbundrates, und da Frankreichs Vertreter im Male dem Auftrage seiner Regierung gemäß gegen den Anschluss stimmen muß, ist diese Bedingung unerfüllbar. Aber schon in Genf hat sich eine Ratte Bewegung innerhalb des Völkerbundes zugunsten seiner Selbstständigkeit gegenüber der Mächtegruppe gezeigt, die, indem sie einen Völkerbund ins Leben zu rufen verließ, bloß den Siegerbund über den Weltkrieg hinaus zu erhalten und durch die im Krieg neutralen Staaten zu verwickeln gedachte. Wenn Österreich das Recht der Selbstbestimmung anrufen wird, kann es geschehen, daß die Entscheidung über Völkerbund und Siegerbund, die in Genf noch einmal vertagt wurde, nicht länger auszuweichen ist. Dann würde endlich der Völkerbund sich auf seine Aufgabe besinnen können, oder die Staaten, die sich dem Gehot des großen Mächtebündnisses nicht unterwerfen wollen, würden dem Beispiel Argentiniens folgen und ihren Austritt aus dem Bunde vollziehen können.

Die neue Regierung in Österreich hat noch keinerlei Anstalten getroffen, um die Volksabstimmung über den Anschluss vorzubereiten, und es ist keineswegs sicher, ob sie die Abstimmung überhaupt durchzuführen gewillt ist. Der Landtag von Tirol hat jedoch den Beschluss gefasst, eine Beschlüssung der Abstimmung für ganz Österreich zu verlangen und sie jedenfalls in Tirol selbst rechtzeitig durchzuführen. Ein gleichartiger Beschluss dürfte auch im Salzburger Landtag gefasst werden. Diese beiden Länder liegen ja auch zunächst im wirtschaftlichen Wirkungsbereich Deutschlands, gravitieren weit stärker nach München als nach Wien und wünschen, falls es nicht zum Anschluss ganz Österreichs an das Reich käme, ebenso ihren Sonderanschluss an Deutschland durchzusetzen, wie andererseits Vorarlberg seine Loslösung von Österreich behufs Anschlusses an die Schweiz betreibt. Nicht ganz so wie in Salzburg und Tirol liegen die Dinge in Ober- und Niederösterreich, in der Steiermark und in Kärnten, besonders aber in Wien. Auch in diesen Bundesländern ist eine Ratte Mehrheit für den Anschluss

vorhanden, aber die Minderheit, die dagegen arbeitet, ist sehr einflussreich. Unbedingte Anhänger des Anschlusses sind die bürgerliche Klasse (die Großdeutschen) und die Sozialdemokraten. Aber die gegenwärtig herrschende christlich-sozialistische Partei zählt neben den verlässlichen Anhängern des Anschlusses, deren Führer, der Abgeordnete Dr. Matzja, erst kürzlich in Berlin weilte, auf ihrem Reichstagen Flügel auch zahlreiche Anschlussegegner — den unentwegten Anhängern des Hauses Habsburg. Unklar ist das Verhalten der christlich-sozialistischen Regierung. Sie bemüht offenbar die Anschlussbewegung als Druckmittel, um eine Versöhnung der unerschütterlichen wirtschaftlichen Differenzierung in Paris und London durchzusetzen. Der österreichische Gesandte in London hat geradezu darauf hingewiesen, daß die zunehmende Not bei ausbleibender Hilfe zu dem Entschluß dränge, den Anschluß an Deutschland zu vollziehen. Von nationalem Standpunkte aus kann eine Politik, die sich einer großen Volkswirtschaft als Ausfallsmittel in den Räten des Augenblicks bedient, gewiß nicht weitläufig genannt werden. Aber wenn diese Politik über Erfolg hat, werden wir nicht dagegen eintreten können. Unseren Brüdern in Österreich muß es klar sein, daß die praktische Möglichkeit des Anschlusses gerade durch ihre wirtschaftliche Wiederaufrichtung erst zu schaffen ist. Österreich darf nicht bloß eine Last sein, wenn es sich mit Deutschland vereinigen will, sondern es muß als brauchbarer Mitarbeiter an der gemeinsamen Erhebung kommen, um freudig willkommen geheißen zu werden. Darum gilt es für Österreich vor allem, Arbeit und Ordnung zu schaffen und der Zerstörung ein Ende zu machen, in die der Staat durch planlose Verbesserungsversuche geraten ist.

**Beratungen der Ministerpräsidenten.**

Berlin, 3. Februar. Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder sind zu Besprechungen über die neue Entente nach Berlin eingeladen worden.

**Die Alliierten Sachverständigen und das deutsche Budget.**

Paris, 3. Februar. Nach einer Havasmeldung heißt es in dem heute veröffentlichten Anhang 1 aus dem Berichte der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, der die deutsche Regierung und das deutsche Budget betrifft, u. a.: Die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages können verringert werden. Die Steuern auf alkoholische Getränke brachten in Deutschland viermal weniger ein als in England und sechs mal weniger als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak, Kasse und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker läge nur bei 200. Teil der Steuererwartungen, während sie z. B. in Italien den 125. Teil ausmachen. Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Proz. würde einen Mehretrag von 2 bis 3 Millionen ergeben. Auch die Zolltarifsteuern könnten vermehrt werden. Ihre tatsächliche Erhöhung sei wünschenswert. Die Löhne und Hofflohe würden in Deutschland nicht im Verhältnis zu dem niedrigen Werte des Papiergeldes steigen, was für die Rückkehr Deutschlands ein weitaus wichtiges Hindernis wäre. Man könne damit rechnen, daß das Gleichgewicht des ordentlichen deutschen Budgets in naher Zukunft wieder hergestellt werde. Wenn alle Ausgaben nicht dringender Art ausgeschlossen würden, werde das Reich in kurzer Zeit den Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles ohne Erhöhung der Papiergeldsumme nachkommen können.

**Der Vertragsbruch der Alliierten.**

London, 2. Februar. „Manchester Guardian“ führt in einem Leitartikel aus: Damit aus den Pariser Abmachungen ein gültiger Vertrag würde, wäre die formelle Zustimmung Deutschlands notwendig, da die Beschlüsse sowohl gegen den § 233 — und das noch viel wichtiger ist — als auch gegen den § 428 des Friedensvertrages verstoßen. Dieser letztere sanktionierte zusammen mit den zwei folgenden Paragraphen als ewige Strafen für die Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen mit einer Verlängerung der Besatzungszeit, aber nicht im Vertrag berechtigt die Alliierten dazu, die Besetzung auszuüben. Die bevorstehende Londoner Konferenz müsse die Beschlüsse von Paris revidieren, da es undenkbar sei, daß die Alliierten einen abschließenden Vertragsbruch ins Auge gefaßt hätten.

**Schwerwiegender Druckfehler.**

DA. Berlin, 3. Februar. In dem gedruckten Originaltext der Bandennotiz ist, wie sich jetzt herausstellt, ein schwerwiegender Druckfehler enthalten. In dem Teile der Entwaffnungsbestimmungen, der die Luftfahrt behandelt, steht im Originalwortlaut das Verbot jeder „aviation militaire et civile“, das so lange gilt, bis Deutschland die Luftfahrtskauteln erfüllt hat. Danach hätte es also auf absehbare Zeit hinaus auch eine deutsche Zivilflugfahrt nicht mehr geben dürfen. Wie die „Dona“ von amtlicher Seite erklärt, ist inzwischen bei der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Rote eingegangen, welche die Verbotsklausel berichtigt. Es muß nämlich nach dieser Rote nicht „aviation civile“, sondern „aviation navale“ heißen, was natürlich ein grundlegender Unterschied ist. Die jetzt vorliegende amtliche Interpretation spricht also ein Verbot nur für das Heeres- und Marineflugwesen aus.

**Deutsch-japanischer und deutsch-belgischer Schiedsgerichtshof.**

Berlin, 3. Februar. Der deutsch-japanische und der deutsch-belgische gemeinsame Schiedsgerichtshof haben sich konstituiert. Sie sind in der Hauptsache zuständig für Streitigkeiten über Vorkriegsschulden, die nicht im Auslieferungsverfahren beigelegt werden können, für Streitigkeiten über Vorkriegsverträge, soweit nicht die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte der alliierten Staaten begründet ist, für Entschuldigungsansprüche der alliierten Staatsangehörigen an das Reich wegen ihrer von deutschen Kriegsmassnahmen betroffenen Privatverhältnisse sowie für bestimmte Streitigkeiten auf dem Gebiete der gewerblichen Schutzrechte.

**Der 6. April Abstimmungsstag für Oberschlesien?**

DA. Kopenhagen, 3. Februar. „Berlingske Tidende“ meldet, daß für die Abstimmung in Oberschlesien der 6. April vorgesehen sei.

**Neuregelung der Witwen- und Hinterbliebenenbezüge.**

Berlin, 4. Februar. Im dem Petitionsausschuß des Reichstages gab ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß ein Gesetzentwurf über die Neuregelung der Witwen- und Hinterbliebenenbezüge der Kriegsteilnehmer von 1864 bis 1871 in Vorbereitung sei.

**Ein Reichstarifamt für das Bankgewerbe.**

DA. Berlin, 3. Februar. Ein Reichstarifamt für das Bankgewerbe, das berufen ist, Streitigkeiten grundsätzlicher Natur zu entscheiden, die aus dem Tarifverträge entstehen, ist nunmehr gebildet worden. Es besteht aus einem Vorsitzenden, 10 Rätigen und 20 nicht-Rätigen Beisitzern, von denen je die Hälfte des Arbeitgeberverbandes und des beteiligten Arbeitgeberorganisationen besetzt sind. Zum Vorsitzenden wurde vom Reichsarbeitsminister der Ministerialrat Wolff von dieser Behörde bestimmt.

**Die Sechshundenschild.**

DA. Bochum, 3. Februar. Auf einigen Beichen des Ruhrgebietes haben die Bergleute am 1. Februar nur eine Sechshundenschild, wie sie ihnen feinerzeit durch das Vorgesetzte Abkommen mit der Regierung zugesagt sein soll, verlassen. Da sich weitere Beichen, wie die jetzt verlassenen, dieser Bewegung nicht angeschlossen haben, so dürfte dieser Vorstoß, der von den linksradikalen Bergarbeitergruppen in Szene gesetzt wurde, im Sande verlaufen. Im Hinblick auf die kommunizierten Wählerstimmen unter den Bergarbeitern auf Einführung der Sechshundenschild nimmt das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, vor Experimentieren. Sie erklärt: Der alte Bergarbeiterverband habe sich selbst von jeder grundsätzlichen für die Sechshundenschild ausgesprochen, aber ihre Durchführung sei nur möglich auf Grund internationaler Abmachungen. Eine Beschränkung nur auf Deutschland allein müßte das deutsche Wirtschaftsleben lähmen und auch für die Arbeiterschaft von katastrophaler Wirkung sein.

**Rückkehr Kollers.**

Paris, 3. Februar. Der Vorsitzende der interalliierten militärischen Kontrollkommission in Berlin, General Koller, wird morgen von hier nach Berlin abreisen, um sich wieder auf seinen Posten zu begeben.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 3. Februar. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Wehrgesetzentwurfes (Hunderttausendmann-Gesetz).  
 Abg. Schöpslin (Soz.): Obwohl im allgemeinen das Ziel der Wehrgesetzgebung beabsichtigt dargestellt worden ist, so seien doch im einzelnen Ausstellungen zu machen, weshalb im Ausschuss eine kritische Prüfung vorgenommen werden müsse. Wie sehr es mit dem passiven Wahlrecht der Soldaten zu tun habe, sei nicht zu übersehen. Die Soldaten mit Vornahme ihrer Vorgesetzten gehöre. Auch hier werde ein Unterschied zwischen Soldaten und Offizieren gemacht. Der Reichstag müsse sich ein Begünstigungsrecht vorbehalten, damit nicht in aller Stille wieder die alten Stammesherrenrechte zum Vorschein kämen. Die Hauptsache sei, daß die Reichswehr den Bestand der Republik und die Verfassung schütze.  
 Reichswehrminister Seidler: An Stelle der bisherigen deutschen Wehrverfassung könne das vorliegende Gesetz gelten. Das Verbandsvertrags- und das Disziplinargesetz würden demnach vom Reichsrat verabschiedet werden. Bei der jetzigen Lage sei man gezwungen an den Bestand der Republik zu denken und an die Weimarer Verabredungen über die Landwehrmannschaften. Im Interesse des Reiches und des Landes müsse die Disziplin unbedingt sichergestellt werden. Das Bündnis sei mit der Republik nicht vereinbar. Der Minister müsse die Möglichkeit haben, durchzugreifen, wenn die Bande der Disziplin und die Kameradschaft gefährdeten. Das passive Wahlrecht

sei keinem Angehörigen der Wehrmacht genommen. Der Entwurf spreche nur vom aktiven Wahlrecht und unterlasse nur zwischen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht. Es könne künftig niemand mehr Offizier werden, ohne zwei Jahre mit den Mannschaften in Reich und Glied gedient zu haben. Das Reichswehr müsse zur Angelegenheit der ganzen Nation und zu einem wirklichen Volksheer werden.

Abg. Kollmer (Unabh.): Die Rücksicht auf die Landwehrmannschaften widerspreche dem Reichsgedanken. Die Reichswehr solle eine Kapitulantenarmee vor der bayerischen Revolution. Die politische Gleichberechtigung des Soldaten sei eine grundsätzliche Forderung, an der festgehalten werden müsse.

Abg. Kuchner (Komm.): Die Soldaten seien ihren Vorgesetzten willenlos ausgeliefert. Sie erhielten die Heiratszulassung nicht vor dem 27. Lebensjahr. Die Offiziere würden immer nur Soldne der Besiegten sein.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Die Resolution zum Biersteuergesetz wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzschutzpersonals geht an den Ausschuss.

Zur dritten Beratung des Betriebsbilanzentwurfes begründet Abg. Schlad (Z.) nochmals den Antrag der bürgerlichen Parteien, demzufolge eine Verpflichtung der Vorlage der Bilanzunterlagen nicht besteht.

Die Beschlüsse der zweiten Lesung werden angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des gemeinsamen Antrages der Koalitionsparteien und Sozialdemokraten zur Förderung des Wohnungsbau bis 1940 für alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude eine Abgabe zu erheben. Die Länder sind berechtigt, an die Stelle dieser Abgabe Zuschüsse zu den Steuern vom Grundvermögen treten zu lassen.

Abg. Bahr (Dem.) begründet den Antrag, schließt die Wohnungsbau und erhebt Einspruch gegen die Ansetzung, die Steuer nur auf Wohngebäude auszuheben.

Abg. Silberstein (Soz.): Leider sei angefangen der Wohnungsbau in der Provinz nicht so erfolgreich wie in der Hauptstadt. Die Ansetzung des Antrages sei möglich.

Abg. Krumm (Deutschnat.): Die Vorlage ist ein Notgesetz. Unser Antrag will nur die Abgabeberechtigten von Wohnräumen zur Steuer heranziehen. Rufen soll der Mieter oder Pächter.

Abg. Kersch (Dt. Sp.): Die deutschnationalen Anträge gefährden das Zustandekommen des Gesetzes. Das Gesetz trägt zu einem vollständigen Charakter. Wünsche der Parteien können in dem vorliegenden Reichsgesetz berücksichtigt werden.

Abg. Merkel (Unabh.): Seine Partei stimme der Vorlage nicht zu. Man sollte die besiegten Landwirte nur einmal energisch anpacken. Erst die allgemeine Durchsicherung der Sozialversicherung werde Abhilfe schaffen.

Abg. Frau Langemann (Dt. Sp.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Hülsen (Komm.): Wir sind gegen das Gesetz und wollen das Protestrecht nicht mit einer neuen Steuer belegen.

Abg. Beyer (Z.): Das 1 1/2 Millionen Wohnungen zum Herbst fertig würden, sei unmöglich. Es könne nur ein Teil fertig werden. Dafür brauche man aber nicht 8 bis 10 Millionen. Die von den anderen Parteien gestellten Anträge könne er ab.

Minister Dr. Braun: Eine Einschränkung der Steuer auf Wohnräume allein würde nicht genügend Erträge liefern. Es komme nicht nur auf die Größtstädte an, sondern vor allem auf das Land.

Abg. Frau Jäger (Unabh.) betont nochmals die Notwendigkeit der Sozialversicherung.

Nach persönlichen Bemerkungen wird der Gesetzentwurf unter Ablehnung der dazu gestellten Anträge in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen gegen die Unabhängigen und Kommunisten.

**Wissenschaft und Kunst.**

Dresden, 4. Februar.  
**Schauspielhaus.** Moritz Goldstein „Die Gabe Gottes“. Das Stück ist auf französischen Verhältnissen aufgebaut und könnte ohne weiteres als französisches Ursprungs gelten. Der Verfasser weiß wie unsere überheimischen Nachbarn sehr wohl, daß auf der Bühne immer wirkt, wer das Theater als Theater nimmt. Wir Deutschen denken darin anders. Aber den äußeren Erfolg haben wir oft so wenig auf unserer Seite mit französischen Dingen wie mit einer Politik, die das allgemeine menschliche Recht der Lasten zur Geltung bringen möchte. Ein trefflicher Kenner hat Frankreich das Land der Wirklichkeit genannt. Die französische Bühne ist die Bühne der Theaterwirklichkeit, und sie bleibt sich dessen immer bewußt, sobald sie nicht auf neue Lorbeeren sammelt. Moritz Goldstein jammert eine spannende Handlung zusammen, bei der es für den Zuschauer auf ein paar Unwohlseinlichkeiten mehr oder minder nicht ankommt. Aber wer prüft nach, solange er vor der Lampe sitzt? Ein alter Knecht, durch seine Lebensarbeit in 70 Jahren auf keinen grünen Zweig gekommen, wird durch glücklichen Zufall am Rande des Todes reich. Mit knapper Nähe dem Tode entronnen, steht er sich als Besitzer eines großen Reichthums, und nun erwacht in ihm der brennende Wunsch nach einem Erben. Er findet ein hübsches Mädchen, das sich einschließt, einen für sie glänzenden Ehestand zu unterzeichnen und ihr Schicksal an das seine zu ketten. Da aber greift, bevor die Ehe noch hat vollzogen werden können, die Hand des Eisenmannes ein, und noch ist die Leiche nicht kalt, so wird Clarisse ein die Braut eines ehemals verarmten Deutsches. Das Hochzeitsmahl stimmt demnach nicht, doch Goldstein läßt mit unerschütterlicher Theaterlogik Vorgänge erleben, die möglich scheinen. Mit unheimlicher Sicherheit beherrscht er

die Welt des Theaters. Es war überflüssig, daß am Ende in den drohenden Wellen einige Fischeversuche hineinschwammen. Denn die Sache verdient Anerkennung und wäre zu bewundern gewesen, auch wenn die Darsteller nicht ihr gutes Teil zu dem ungewöhnlichen Geschehen beigetragen hätten. Daß unserer Meinung nach die deutsche Bühnenkunst andere Aufgaben lösen sollte, sei nicht bezweifelbar. Die Marquise von Aris und die Gabe Gottes würden wir gern wissen, beide liegen nicht auf dem Wege, den unser Schauspielhaus mit seinen seltenen Entschaffungen beschreiten darf, wenn es den Geschmack veredeln will.

Den alten Prigault benutzte Ponto zu einer Charakterstudie, die Zeugnis von seiner einholdenden Seelenanalyse ablegte. Wie aber auch hier der Wille zum Leben den morischen Körper! Ganz kluge Französin war die Clarissa Jenny Schaffers, grausam nüchtern in ihrer Beredung, lothart, unheimlich klar aber sich selbst. Daneben gab es Schandweib genug, so den diensteifrigen Advokaten Pétrot Wolff Müller, den geistreichen Roumieu Rudolf Schröbers, das edle Elternpaar R. und Mme. Min Eugén Huffs und Maximiliane Weidreus, die widerliche Leichenfrau Ida Barbow-Rüllers und den Kraftmenschen Weibant von Ernst Marrens, nicht zuletzt auch die Wirtschaftsgasse Meyer, Höhner, Weymann und Paulsen. Das bunte Bild des zweiten Aktes hatte Bierich, der Spielleiter, virtuos gezeichnet. Bei der heutigen Zusammenfassung des Theaterpublikums dürften viele gefällige Zuschauerdrücke zu erwarten sein. Dr. Goldstein mag sich glücklich schätzen, und das Schauspielhaus ist um eine Sensation reicher. R. R.

**Wissenschaft und Technik.** Der 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin findet vom 18. bis 21. April d. J. in Wiesbaden unter dem Vorsteher des Oberklinikums Prof. Dr. G. Klemperer-Berlin statt. Hauptverhandlungsgegenstand ist die Behandlung

der Lungentuberkulose. Referate haben übernommen: L. Hirsch-Freiburg über die natürlichen Heilungsvorgänge bei der Lungentuberkulose, Hohenhausen-Berlin-Dahlem über die experimentellen Grundlagen der Tuberkulosetherapie, D. Gerhardt-Wagburg über die klinische Behandlung der Lungentuberkulose, E. Brant-Gamburg über die operative Behandlung der Lungentuberkulose. Außerdem findet eine Aussprache über den jetzigen Stand der Diabetestherapie statt; den einleitenden Vortrag hat v. Koorden-Henningst. A. R. übernommen. Vortragsumfassungen, denen eine kurze Inhaltsangabe beigefügt ist, sind bis 21. März an Hrn. Prof. Dr. G. Klemperer, Berlin W. 62, Reichstraße 2, zu richten. Vorträge, deren wesentlicher Inhalt bereits veröffentlicht ist, dürfen nicht zugelassen werden. Anmeldungen neuer Mitglieder nimmt der Vorsitzende und der Sekretär entgegen.

Die Feststellung der Todesursachen in Preußen ergab, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, daß ihre außerordentliche Zunahme auf vier Krankheitsarten beruht, auf Influenza, Lungenerkrankungen, Tuberkulose und Altersschwäche. Gegenüber 620 450 Todesfällen im Jahre 1913 betrug die Zahl 1918 1 015 600, wobei die 182 624 Todesfälle infolge von Kriegsverletzungen nicht mitgerechnet sind. An Influenza starben 1913 3010, 1918 120 612. Die Sterblichkeit an Lungenerkrankungen betrug 1913 60 084, 1918 107 965. Die Tuberkulosesterblichkeit fiel von 58 861 auf 97 581. Die Sterblichkeit infolge Altersschwäche betrug 1913 66 443, 1918 92 965. Diese vier Todesursachen, auf die das Annehmen der Todesursachen zurückzuführen ist, umfaßten 1918 mehr als die Hälfte der Gestorbenen.

Die Landesstelle für Volkshochschulwesen im sächsischen Kultusministerium veranstaltet in der Woche vom 21. bis 26. Februar in Leipzig den zweiten Sächsischen Kurtag für Volkshochschullehrer. Die wissenschaftliche Sektion des Obersten Reichsarbeitsrates eröffnet in Berlin ein Bureau

als eine Abteilung der russischen Handelsmission. Das Bureau hat die Aufgabe, die Verbindung mit deutschen und europäischen Gelehrtenkreisen zwecks Austausch wissenschaftlicher Werke zwischen Russland und Deutschland herzustellen, Russland aber die neuen technischen Erfindungen zu unterrichten, wertvolle wissenschaftliche ausländische Werke zu übersetzen und zu veröffentlichen, ferner wissenschaftliches und technisches Material für Russland einzukaufen. Das Bureau hat außerdem eine Sektion für Patentwesen eröffnet, in der Starow und andere russische Ingenieure und Gelehrte arbeiten.

Aus Wiesbaden schreibt man uns: Das hiesige Bureau hat eine Bereicherung durch einen interessanten Grabfund erhalten. Es handelt sich um das Grab eines französischen Ritters aus dem Anfang des 6. Jahrhunderts. Der Krieger ist im Kampfe gefallen und in westlicher Richtung, mit dem Gesicht nach Osten, beigesetzt. Es wurden ihm Waffen und zahlreiche Gebrauchsgegenstände für sein Leben im Jenseits mitgegeben. Darunter befindet sich ein eigenes Dreifuß, ein langer eiserner Straßspieß, drei Löffel und ein Keller. Bemerkenswert ist die Beigabe von verschiedenen Tieren, von denen noch Knochen aufgefunden wurden, aus denen man zwei Tauben und drei Kagen erkannt hat. Der Fund veranschaulicht die starke Beeinflussung der westgotisch-fränkischen Kultur durch die spätromische. Der hier bestattete Krieger war offenbar einer der ersten Franken, die im neu eroberten Gebiet sich niederließen.

In London ist der Historiker, Philosoph und Nationalökonom Dr. J. B. Crozier im Alter von 71 Jahren gestorben. Der in Kanada geborene Gelehrte war insbesondere durch seine Werke über „Zivilisation und Fortschritt“, „Geschichte der Entwicklung des Intellekts“ und „Das Problem der Weltwirtschaft“ bekannt geworden, worin er eine eigenartige nationalökonomische Lehre zu entwickeln versuchte. Bildende Kunst. Die Sehnacht, dem so hat sich aufdrängenden und so schwer zu ergründenden

Es folgt die Interpellation des Abg. Herz (Deutschl. Sp.).

Die Interpellation bezieht sich auf die Frage, ob die Regierung...

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Reichsministerium...

Auf Antrag der Rechten wird die Besprechung der Interpellation...

Abg. Kappeler (Soz.): Das Eingreifen der Regierung...

Abg. Hartz (D. Sp.): Die Regierung hat ihre Aufgabe...

Abg. Bismarck (Unabh. Soz.): Die Maßnahmen des Unterrichts...

Abg. Reich (Komm.): Die Maßnahmen des Unterrichts...

Abg. Herberich (Bahr. Sp.): Die Maßnahmen des Unterrichts...

Abg. Buchner (Bahr. Sp.): Die Maßnahmen des Unterrichts...

Landwirtschaft verbiete Vertrauen. Nach dem Landwirt...

Nach einem Schlusswort des Abg. Wulke (D. Sp.)...

Waffenausritte aus der katholischen Kirche in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 3. Februar. Aus Anlaß der bevorstehenden...

Vor einem polnischen Staatsstreik?

DA. Bromberg, 3. Februar. Der Bromberger „Eigentl. Bygosti“ gibt eine...

Fürst Krapiwkin nicht geflohen.

DA. Riga, 3. Februar. Ein Telegramm meldete vor einigen Tagen...

Die Wiener Frage.

London, 3. Februar. Die deutsche Botschaft...

Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Briands Erklärung.

Paris, 3. Februar. In der Erklärung, die der Ministerpräsident...

der Sicherheit. So schwer es auch gewesen sei, eine Lösung...

die Zahlung von möglichst hochbemessenen Beträgen...

Der Wiederaufbau in Frankreich.

Paris, 3. Februar. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen...

Die Verminderung des französischen Offizierskorps.

Paris, 3. Februar. Der Ministerpräsident Briand...

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilung des Residenztheaters. Die Komödie „Ihre Hoheit“...

Zentraltheater. Sonntag, den 3. Februar, findet die Aufführung...

Nachdem Briand die Regierungserklärung in der Kammer...

Paris, 3. Februar. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen...

London, 3. Februar. Die deutsche Botschaft meldet...

Paris, 3. Februar. In der Erklärung, die der Ministerpräsident...

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

daß sie in einer Atmosphäre von Verlässlichkeit...

Nachdem Briand die Regierungserklärung in der Kammer...

Paris, 3. Februar. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen...

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

Paris, 3. Februar. Die französische Kammer und die Pariser Konferenz.

den Geheimnis der Schönheit auf die Spur zu kommen...

technischen Vorgängen in gegenseitiger Wechselwirkung...

würden ließ, erschien mit der Bedäglichkeit da und dort...

und Wagner's Werten im Kirchenbau gestreift. Ein Sonderkapitel...

nun Luft zu schaffen, soßen für eine bestimmte Frist für auscheidende Offiziere besondere Versorgungsgünstigungen gewährt werden.

Die Ausbildung bürgerlicher Flugschüler in Frankreich.

KP. Paris, 3. Februar. Unter staatlicher Oberaufsicht sollen für die Ausbildung bürgerlicher Flugschüler fünf Übungspolizeien in Orléans, Angers, Orléans, Clermont-Ferrand und Bordeaux an verantwortliche Unternehmer vergeben werden.

Ausweisung der Kommunisten in Frankreich.

Paris, 2. Februar. Die französische Regierung hat gestern abend fünf Kommunisten ausgewiesen, die aber Deutschland nach Auslands zurückgeschickt werden.

Die nächste Tagung des Völkerverbandsrates.

DA. Paris, 3. Februar. Laut „Temps“ findet die nächste Tagung des Völkerverbandsrates am 21. Februar in Genf statt.

Die 12. Sitzung des Völkerverbandsrates.

Genf, 3. Februar. Die 12. Sitzung des Völkerverbandsrates wird unter dem Vorsitz von da Cunha am 21. d. M. in Genf beginnen.

Die Unruhen in Irland.

London, 3. Februar. Nach einer Reutermeldung aus Dublin wurden bei einem neuen Angriff von etwa 100 bewaffneten Männern auf eine Gendarmereieinheit bei Fermoy die Angreifer zurückgeworfen und einer von ihnen getötet.

Eine Poststadt Mustafa Kemal Pascha.

London, 3. Februar. Das Reutersche Bureau berichtet, daß nach einer aus englischer Quelle stammenden Konstantinopler Meldung Mustafa Kemal Pascha nach Konstantinopel zur Übermittlung an die Verbündeten eine Poststadt gesandt habe, in der er erklärte, daß die Nationalversammlung in Ankara allein die Befugnis habe, das türkische Volk zu vertreten.

Ein Ultimatum Admiral Dumesnils an Mustafa Kemal Pascha.

Paris, 3. Februar. Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel: Admiral Dumesnil, der Befehlshaber der französischen Seestreitkräfte, habe der Regierung Kemal Paschas ein Ultimatum gestellt und die sofortige Freilassung der französischen Soldaten verlangt.

Die Organisation des auswärtigen Dienstes in Dänemark.

Kopenhagen, 3. Februar. In der heutigen Sitzung des Folketing legte der Minister des Äußeren Scavenius die in der Thronrede angekündigte Reorganisation des auswärtigen Dienstes dar.

Weiter werde vorgeschlagen, eine Reihe der jetzt bestehenden ausländischen Vertretungen in Dänemark durch eine Vermehrung der Beamten zu stärken, hinsichtlich des inneren Dienstes des Ministeriums des Äußeren werde vorgeschlagen, daß Angelegenheiten politischer und erwerbspolitischer Natur besonders behandelt würden.

Violitti über die innere Politik Italiens.

Rom, 3. Februar. In der Deputiertenkammer erklärte Violitti in Beantwortung einer Interpellation über die innere Politik, er habe niemals beabsichtigt, gegen die soziale Bewegung in Italien mit Gewaltmitteln vorzugehen.

Die Binnenschifffahrt in Italien.

Rom, 3. Februar. Gestern fuhr zum erstenmal einige größere Schiffe durch den Kanal von Venedig nach Mailand. Damit ist der erste Schritt zur Verwirklichung des großen Projektes der Binnenschifffahrt in Italien gemacht.

Eine amerikanische 100 000 Mann-Marine.

DA. Washington, 3. Februar. Die neue Gesetzesvorlage über die Verminderung der amerikanischen Marine enthält die Bestimmung, daß die Mannschaft der Flotte auf 100 000 Mann herabgesetzt werde.

Amerika und die Abrüstung.

Washington, 3. Februar. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses hat der Entschließung zugestimmt, die den Präsidenten ermächtigt, die Nationen der Welt einzuladen, Delegierte auf eine Konferenz zu schicken, auf der Maßnahmen betr. die Abrüstung beschlossen werden sollen.

Herabsetzung der Gehälter der Angestellten der Standard Oil-Company.

Paris, 3. Februar. Nach einer Meldung aus New York hat die Standard Oil-Company beschlossen, die Gehälter ihrer Angestellten um 10 Proz. herabzusetzen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Bei der Berechnung des Steuerabzugs von den Deputierten werden in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer für Milch und Butter auf die Dauer der Zwangsverpflichtung die Erzeugerhöchstpreise des Kommunalverbandes, nicht die von den Dresdner Finanzämtern unter dem 12. Dezember 1920 bestimmten Werte maßgebend (s. amtl. Zeitl.).

Die unter dem 4. Januar ausgegebene Nr. 13 des Reichs-Gesetzblattes enthält eine Bekanntmachung betr. die Prozessordnung des nach Art. 104 des Friedensvertrags von Versailles errichteten Deutsch-Beilgischen Gemischten Schiedsgerichtshofs.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 4. Februar.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab Hr. Oberbürgermeister Bläher zunächst eine Protesterklärung gegen die Forderungen der Verbündeten ab. Die übrigen Punkte waren von verhältnismäßig geringer Bedeutung.

Aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Dresdner Sparkasse fand, wie bereits mitgeteilt, gestern, Donnerstag, in dem mit Blumen geschmückten Ratskammeraal eine schlichte Gedenkfeier statt, an der Mitglieder der Stadtregierung, der beiden städtischen Kollegien und zahlreicher Nachbarparlamente, sowie der Beamten und Angestellten der Dresdner Sparkassen teilnahmen.

Aus Anlaß der Hundertjahrfeier der Sparkasse erklärte Violitti in Beantwortung einer Interpellation über die innere Politik, er habe niemals beabsichtigt, gegen die soziale Bewegung in Italien mit Gewaltmitteln vorzugehen.

Einzelnummern der Sächsischen Staatszeitung

sind zum Preise von 20 Pf. das Stück jederzeit zu haben in Leipzig in der Roßbergischen Buchhandlung (Wilhelm Schunke), Universitätsstraße 15, beim Vereinigten Leipziger Bahnhofsbuchhandel G. m. b. H.; in Bautzen, Chemnitz, Löbau, Meissen, Reichenbach, Werdau, Wurzen: bei den Bahnhofsbuchhändlern.

haben die städtischen Kollegien beschloffen, aus den Betriebsüberschüssen der Sparkasse 100 000 M. zur Ausstattung von Gesellenparbäckern mit 250 M. Einlage an sämtliche beim Ortsamt für Kriegerversorgung in Fürsorge stehenden Dresdner Kriegswaisen und Kindern von Dresdner Kriegsbeschädigten, die Ostern 1921 die Schule verlassen, zu bewilligen.

General der Infanterie v. Woytowicz ist hier nach kurzer Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Er diente zunächst im Schützenregiment und wurde dann zum Großen Generalstab nach Berlin versetzt.

Aus der Legationsrat Dr. Carl Gustaf Frhr. v. Pothland - Gedächtnisfeier sind am 28. April die Jahresergebnisse an zwei würdige, bedürftige, alte, ledige oder verwitwete, in Dresden wohnhafte Frauen aus Dresdner Bürgerfamilien zu verteilen.

Hr. Generalleutnant z. D. Reithorn ist von dem Amte des Stellvertretenden Geschäftsführers des Albertvereins zurückgetreten. Hr. Oberleutnant a. D. v. Gablenz, Raundorf bei Kötzschenbroda, wurde zum Stellvertretenden Geschäftsführer ernannt.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung gab Hr. Oberbürgermeister Bläher zunächst eine Protesterklärung gegen die Forderungen der Verbündeten ab.

Am 2. d. M. ist der in weiten Kreisen der Gemeinde der Jüdische bekannte Kirchenbenediktiner Theodor Niebel verschieden.

Der frühere Gastwirt Worfner hat 5000 M. leihwillig mit der Bestimmung ausgelegt, daß von den Zinsen zwei Drittel zur Unterstützung armer und hilfbedürftiger Lohnlerner und Arbeiter, die in Dresden ihren Unterhaltswohnsitz haben, verwendet werden.

Am 16. Januar d. J. ist in der Pieschener Allee, unweit Ostel Toms Hütte ein Kindesfindnam weiblichen Geschlechts, in braunem Papier eingewickelt, aufgefunden worden.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Angeigentell verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

im Wilhelmssaal des Hauptbahnhofs werden sprechen: Vorsitzender G. Kumann über die Notwendigkeit der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der handwerklich vorgebildeten Staats- und Gemeindebeamten und den Anschluß an die Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände, Dodel über den Stand der Beurlaubungsform, Reichsenring über die Beurlaubungsform, Reichsenring über die Beurlaubungsform, Reichsenring über die Beurlaubungsform.

Die Ortsgruppe Dresden des Vereins der Pfaffenfreunde ladet zu einer am kommenden Sonntag, den 6. Februar, vormittags 11 Uhr in den Kammertheater, Wislauer Straße, stattfindenden Veranstaltung „Der Jubelsturm als Werbemittel“, vorgeführt von der Deutschen Lichtbildgesellschaft, Berlin, ein.

Der Volkskirchliche Lauband der Trinitatiskirche veranstaltet Montag abend 1/2 Uhr in den Blumenjulen einen Familienabend, ausgefüllt von Kurvenbesingen sowie musikalischen und vegetarischen Darbietungen und einem Vortrag über „Christentum und Sozialismus“ von Pastor Schulze (Friedenskirche) sowie Aussprache.

Am Sonntag, den 6. Februar, abends 8 Uhr wird im Jungmannerverein, Glatzstraße 3, Hr. Offizier Joh. Windrich einen Vortrag halten: „Mineralogische Wandereien“.

Ein volkstümliches Konzert innerhalb der Oberschlesischen Tage am Donnerstag abend im Gewerbehaus findet viel Ansehen und in den Rahmen des großartig vorbereiteten Unternehmens fallendes. Den orchestralen Teil bespricht die Kapelle der 24. Div. Nachrichten-Abteilung Nr. 4 unter Leitung des Hrn. Obermusikmeisters Wulfschlag.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, wird sich von der Ausstellung aus durch die Hauptstraßen unserer Stadt ein Werdzug für die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland bewegen.

Ämtlicher Teil.

Die Rheinische Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft in Köln hat als Hauptbevollmächtigten für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 an Stelle des Herrn Fritz Sprödmberg in Leipzig Herrn Alfons Baer mit dem Wohnsitz in Leipzig, Jakobstr. 10, bestellt.

Dresden, am 3. Februar 1921. 9886  
Ministerium des Innern.

Die Versicherungs-Aktiengesellschaft „Kronprinz“ in Köln hat als Hauptbevollmächtigten für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 an Stelle des Herrn Fritz Sprödmberg in Leipzig Herrn Alfons Baer mit dem Wohnsitz in Leipzig, Jakobstr. 10, bestellt.

Dresden, am 3. Februar 1921. 9887  
Ministerium des Innern.

Die Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Köln hat als Hauptbevollmächtigten für den Freistaat Sachsen gemäß § 115 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 an Stelle des Herrn Fritz Sprödmberg in Leipzig Herrn Alfons Baer mit dem Wohnsitz in Leipzig, Jakobstr. 10, bestellt.

Dresden, am 3. Februar 1921. 9888  
Ministerium des Innern.

An Stelle des 1920 ausgeschiedenen außerordentlichen Mitgliedes der II. Abteilung des Landesgesundheitsamtes, Regierungsveterinär Dr. Tennhardt in Borna, ist der Tierarzt Otto Benzin in Töbels gewählt worden. Der bisherige Stellvertreter, Regierungsveterinär Dr. Lange in Leipzig, ist wiedergewählt worden.

Dresden, am 3. Februar 1921. 9884  
Landesgesundheitsamt Dresden.

Ämtlicher Bericht

des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Viehsuchen am 31. Januar 1921.

- 1. Milchbrand: 2 Vet.-Bez. 2 Gem. u. 2 Geh. - 15. 1. 21: 2, 3, 3.
2. Tollwut: 2 Vet.-Bez. 3 Gem. u. 3 Geh. - 15. 1. 21: 1, 2, 2.
3. Wuh: Amtsh. Bittau: 1 Gem. u. 1 Geh. - 15. 1. 21: 1 Gem. u. 1 Geh.
4. Rind- u. Kalbsjuche: Amtsh. Dauten: auf 16 Gem. u. 21 Geh., gegen 48 Gem. u. 107 Geh.; Ramens: 33, 41 - 51, 100; Böhau: 17, 31 - 40, 147; Bittau: 10, 18 - 20, 68; Annaberg: 5, 13 - 6, 15; Chemnitz: 9, 17 - 13, 31; Bismarck: 7, 11 - 8, 22; Glauchau: 52, 313 - 60, 402; Marienberg: 7, 16 - 12, 33; Stollberg: 6, 6 - 7, 9; Dippoldiswalde: 34, 82 - 35, 109; Dresden-Stadt: 0, 0 - 1, 2; Amtsh. Dresden-N.: 15, 34 - 27, 77; Dresden-N.: 7, 16 - 18, 41; Freiberg: 0, 0 - 9, 12; Großenhain: 4, 7 - 20, 56; Reitzen: 22, 44 - 44, 124; Pirna: 32, 123 - 67, 216; Borna: 41, 13 - 65, 390; Döbeln: 115, 340 - 134, 653; Grimma: 16, 60 - 42, 196; Leipzig-Stadt: 0, 0 - 1, 5; Amtsh. Leipzig: 3, 3 - 6, 12; Dösch: 1, 1 - 11, 16; Rochitz: 24, 104 - 36, 152; Auerbach: 8, 11 - 18, 26; Delitzsch: 6, 6 - 8, 11; Plauen-Stadt: 1, 3 - 1, 7; Amtsh. Plauen: 11, 36 - 17, 72; Schwarzenberg: 4, 7 - 11, 15; Verdau: 5, 9 - 9, 28; Widaustadt: 1, 1 - 1, 2; Amtsh. Widaustadt: 8, 10 - 17, 28; im ganzen Lande zusammen 520 Gem. u. 1587 Geh. - 15. 1. 21: 871 Gem. u. 3237 Geh.
5. Räude der Schweine: 23 Vet.-Bez.: 142 Gem. u. 190 Geh. - 15. 1. 21: 21, 151, 197.
6. Räude der Schafe: 6 Vet.-Bez.: 9 Gem. u. 9 Geh. - 15. 1. 21: 7, 9, 9.
7. Schweinejuche einchl. Schweinepest: Amtsh. Glauchau: 3 Gem. u. 4 Geh.; Amtsh. Grimma: 1 Gem. u. 1 Geh.; Plauen: 1 Gem. u. 1 Geh. auf 5 Gem. u. 6 Geh. - 15. 1. 21: 6, 7.
8. Weilschultern: 3 Vet.-Bez.: 3 Gem. u. 7 Geh. - 15. 1. 21: 6, 10, 16.
9. Tuberkulose des Rindviehs: 2 Vet.-Bez.: 3 Gem. u. 3 Geh. - 15. 1. 21: 2, 3, 3. 9885

Ernennungen, Beförderungen etc. im öffentlichen Dienste.

Ministerium des Innern und Öffentlichen Unterrichts. Auf Grund des Gef. v. 27. Mai 1918 u. dessen: Kirchschulstelle in Frauendorf. Geh. Schuldienstleiter, 408 M. vom Kirchendienst, Verg. für Verwaltung, Sommerturnen u. Fortbildungsschulunterricht. Bew. (54 der Aussch.-Bdg. zum Gef.) sind bis zum 19. Febr. einzutragen. - Zu befehlen: Lehrer u. Kantorstelle zu Obermiesenthal. Eink.: Geh. Gehaltsabz. u. 900 M. für Kirchendienst. Amtsnachfolge vom 20. Febr. Bew. wollen sich bis 20. Febr. bei dem Bezirksamt für Annaberg melden. Im Geschäftsbereich des Landesgesundheitsamtes sind zu befehlen: A. nach dem Kirchengef. vom 8. Dez. 1896 im I. Halbj. 1921: I. Stelle: Diak. Schandau (Pirna), St. II, est. durch Amtswechsel. 4. Jan. II. Stelle: Pf.-Amt Förderberg (Dresden II) St. IX (H), est. durch Emerit. 8. Jan.; B. im wesentlichen Befahren: Pf.-Amt Hauswalde (Oberlaus) St. III (A), Pf. Gemeindevorsteher. - Kugelst. bes. v. Bericht wurden: B. Meyer, Tot.-Bitar in Oelschlag i. R., als 3. Diak. das. (Ephorator); J. G. Kühn, Diak.-Bitar in Reichenhain, als Diak. das. (Weiß); Lic. theol. W. O. W. Bau, Pf.-Bitar in Zimmern-Georgenfeld, als Diak. in Reichenhain (Pirna); H. H. Kuenzler, Landw., als Hilfslehrer in Thalheim (Stollberg); H. W. Riedner, Hilfslehrer in Oelschlag i. R. als Diak. das. (Stollberg); R. H. Jänisch, Diak.-Bitar in Chemnitz, als Pf. in Töbels (Oberlaus).

Bekanntmachung.

Die nach der Bekanntmachung der unterzeichneten Finanzämter vom 16. Dezember 1920 durch das Landesfinanzamt Dresden festgesetzten Werte der Deputate der in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter für die Berechnung des Steuerabzugs sind dahin abgeändert worden, daß an Stelle der in der vorhergehenden Bekanntmachung bestimmten Werte für 1 Liter Milch (1,20 M.) und für 1 Pfund Butter (16,00 M.) bis auf weiteres, solange für Milch und für Butter die Zwangswirtschaft besteht, die Erzeugerhöchstpreise des Kommunalverbandes bei der Berechnung des Steuerabzugs maßgebend sind.

Dresden, am 31. Januar 1921. 9886  
Das Finanzamt Dresden-St. I  
zugleich für die Finanzämter Dresden-St. II und Dresden-Neustadt.

Mitte März d. J. wird in der Krankenpflegeschule des Krankenhauses Johannstadt zu Dresden die geordnete staatliche Prüfung von Krankenpflegerinnen abgehalten. Zulassungsges. sind unter Beifügung der nach § 5 der B.O. vom 7. 2. 09 (G.-u. R.-Bl. S. 100) erford. Unterlagen baldmöglichst bei der Kreisgesundheitsämter Dresden zu Händen des unter. Vorsitzenden der Prüfungskommission einzutragen.

Dresden, den 3. Februar 1921. Dr. Strick. 9889

Die Firma Adolph Schlegler Kaufm. in Leipzig, Bühl 64/66 - Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Dr. Jöppel, Drecht und Gausl in Leipzig - sagt gegen die Firma L. Freemann & Co. in New York, 159 West 27th Street, auf Grund, unter der Bezeichnung, daß die Beklagte aus einer Kaufpreisforderung vom September 1913 für gelieferte Rauchwaren über \$ 12.414,10 der Klägerin noch den Restbetrag von \$ 478,86 schulde, mit dem Antrage, die Beklagte kostenpflichtig zu verurteilen, an die Klägerin \$ 478,86 nebst 5 % Zinsen seit dem 1. Januar 1915 zu zahlen, auch das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Klägerin ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die siebente Kammer für Handelsachen des Landgerichts zu Leipzig auf den 18. April 1921, vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Leipzig, den 4. Januar 1921. 9125  
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Öffentliche Zustellung.

Die Firma Julius Wöllner in Leipzig - Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Georg Rosenbajst - ladet die Jogen. Annelies von Jrenhausen in Leipzig, jetzt unbekannt Aufenthaltsort, zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung des Amtsgerichts Leipzig vom 9. Dezember 1920 - 12 C Ar 22 30 - vor die 13. Zivilkammer des Landgerichts zu Leipzig auf den 16. März 1921 vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird hiermit Auszug der Ladung bekanntgemacht.  
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts Leipzig, am 22. Januar 1921. 9859

Auf Blatt 9 des Handelsregisters des vorm. Gerichtsamts Annaberg, die Firma Fr. Wittner in Gehma betreffend, ist heute eingetragen worden, daß der Prokurist Johannes Kilianus Karl Zimmermann jetzt in Pirna wohnt. 9863  
Amtsgericht Annaberg, den 29. Januar 1921.

Auf Blatt 8111 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Schubert & Werner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. Januar 1921 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Weiterführung des bisher unter der Firma Ernst Günther Nachf. in Chemnitz betriebenen Lebensmittelgeschäfts. Das Stammkapital beträgt fünfzehnhunderttausend Mark. Jeder Geschäftsführer kann die Gesellschaft allein vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute Alfred Robert Schubert und Arthur Herbert Werner in Chemnitz. - Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 9865  
Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, den 31. Januar 1921.

Auf Blatt 1386 des Handelsregisters, betr. die Firma Sächsische Textil-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschaft vom 11. Januar 1921 ist der Gesellschaftsvertrag abgeändert worden. U. a. ist das Stammkapital um dreißigtausend Mark, mithin auf sechzigtausend Mark, erhöht worden. 9866  
Amtsgericht Chemnitz, Abt. E, den 31. Jan. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 15870, betr. die Firma Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Dresden in Dresden, Zweigniederlassung der in Hamburg unter der Firma Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft bestehenden Aktiengesellschaft: Die Prokura des Bankdirektors Wilhelm August Heinrich Schauburg ist erloschen; 2. auf Blatt 13806, betr. die Gesellschaft Heimstätten-Gesellschaft im Königreich Sachsen, gemeinnützige Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 4. November 1920 ist das Stammkapital um fünfneunzigtausend Mark, jedoch auf einhundertfünfunddreißigtausend Mark erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag vom 27. Juni 1914 ist in den §§ 1 bis 12 durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 4. November 1920 und 11. Januar 1921 laut Notariatsprotokollen von den gleichen Tagen abgeändert worden. Die Firma lautet künftig Heimstätten-Gesellschaft Sachsen, gemeinnützige Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Rechtsanwalt Walter Groß ist nicht mehr Geschäftsführer;

3. auf Blatt 16235: Die offene Handelsgesellschaft Rowat & Bärch mit dem Sitz in Dresden. Geschäftsführer sind die Kaufleute Max Alwin Rowat in Dresden und Richard Erwin Bärch in Cannowitz (Bez. Bautzen). Die Gesellschaft hat am 20. Januar 1921 begonnen. (Geschäftszweig: Herstellung und Großvertrieb von Blusen, Schürzen, Weißwaren und Borkhemden, sowie Großhandel mit Baumwoll- und Bandwaren, Fichtenstraße 16); 4. auf Blatt 184, betr. die offene Handelsgesellschaft Peter & Co. Nachfolger in Dresden: Der Geschäftsführer Richard Carl John Peter Naddah ist infolge Ablebens ausgeschieden. An seine Stelle ist die Kaufmannswitwe Bertha Luise Emma Naddah geb. Engelhard in Dresden in die Gesellschaft eingetretet; 5. auf Blatt 1825, betr. die offene Handelsgesellschaft v. Zahn & Jarnisch in Dresden: Prokura ist erteilt dem Buchhändler Johann Gustav Willy Janke in Dresden; 6. auf Blatt 16236: Die Firma Otto Reinhaus in Dresden. Der Kaufmann Wilhelm Theodor Emil Otto Reinhaus in Dresden ist Inhaber. (Geschäftszweig: Vertretung von Papierfabriken, Königsbrüder Straße 24); 7. auf Blatt 16237: Die Firma Alfred Müller in Dresden. Die Uhrmacherswitwe Johanna Maria Müller geb. Siebrath in Dresden ist Inhaberin. Sie hat das Handelsgeschäft mit der bisher nicht eingetragenen Firma von ihrem Ehemanne, dem Uhrmacher Alfred William Müller gerbt. (Geschäftszweig: Ein- und Verkauf von Uhren, Juwelen, Gold- und Silberwaren, Rosenstraße 40); 8. auf Blatt 2388, betr. die Firma Albert Kump & Co. in Dresden: Der Rechtsanwalt Hans Martin Mühlisch in Oberweißbach ist persönlich haftender Geschäftsführer in das Handelsgeschäft eingetreten. Die hierdurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. Die Prokura des Bankbeamten Reinhold Böhl ist erloschen; 9. auf Blatt 14085, betr. die Firma Freytag-Fabrik Georg Albert Bollmer in Dresden: Prokura ist erteilt dem Betriebsleiter Hermann Louis Müller in Dresden; 10. auf Blatt 14340, betr. die Firma Bollmer Werke Albert Bollmer in Dresden: Prokura ist erteilt dem Betriebsleiter Hermann Louis Müller in Dresden; 11. auf Blatt 5063, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft Herzog & Anauhe in Dresden: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen; 12. auf Blatt 10840, betr. die aufgelöste offene Handelsgesellschaft Arthur Freytag & Cie in Dresden: Die Liquidation ist beendet, die Firma ist erloschen. 9860  
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 2. Febr. 1921.

Auf dem für die Firma Max Näger in Glauchau geführten Blatte 792 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Die Handelsniederlassung ist nach Ronneburg verlegt worden, die Firma daher hier erloschen. 9866  
Amtsgericht Glauchau, den 2. Februar 1921.

Auf Blatt 478 des Handelsregisters, betr. die Firma Barth & Dies in Großenhain, ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt der Kaufmannswitwe Martha Dies geb. Nöden in Großenhain. Der Firmeninhaber wohnt jetzt in Großenhain. 9867  
Amtsgericht Großenhain, den 3. Februar 1921.

Auf Blatt 163 des Handelsregisters, die Firma Herrmann & Heinrich in Oberweißbach betr., ist heute eingetragen worden: 1. Der Geschäftsführer Friedrich Hermann Heinrich ist ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Gustav Herrmann führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma fort. 2. Der Auguste Anna verm. Heinrich geb. Wübbiger in Oberweißbach, dem Kaufmann Karl Schöler in Dresden-Gottau und dem Kaufmann Arthur Willi Valzer in Oberweißbach ist Gesamtprokura erteilt worden, daß jeder von ihnen gemeinschaftlich mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung berechtigt ist. 9868  
Amtsgericht Herrnhut, den 31. Januar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19735 die Firma Arno Bernhardt in Leipzig (Härtstr. 12). Der Kaufmann Friedrich Max Arno Bernhardt in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Schreibwaren); 2. auf Blatt 19736 die Firma Wlfa Sadil in Leipzig (Bühl 61). Wlfa verm. Wustik geb. Wolowetz in Leipzig ist Inhaberin. (Angegebener Geschäftszweig: Kaufwarenhandels- und Kommissionsgeschäft); 3. auf Blatt 19737 die Firma Hermann Grimm in Leipzig (Johannstraße 6). Inhaber ist der Kaufmann Paul Hugo Hans Friedrich in Leipzig, der das Handelsgeschäft samt der nicht eingetragenen Firma von dem Kaufmann Franz Hermann Grimm in Leipzig erworben hat. Der neue Inhaber haftet nicht für die im Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers, es geben auch nicht die in dem Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über. (Angegebener Geschäftszweig: Kleinhandl.-Bücher-Verlag); 4. auf Blatt 19738 die Firma Emil Gräjer in Leipzig (-Lindenau, Reichenburger Str. 79). Der Bädermeister Emil Arthur Kurt Gräjer in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Teegebäd, Handel mit solchen und Schokoladen und Zuckerwaren); 5. auf Blatt 19739 die Firma Berger & Meyer in Leipzig (Bergstr. 29). Geschäftsführer sind der Kaufmann Edgar Berger in Leipzig und der Fuhrwerksbesitzer Theodor Rudolf Gustav Meyer in Leipzig. Letzterer ist - infolge Verzichts - von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet. (Angegebener Geschäftszweig: Fuhr-, Expeditions- und Möbeltransportgeschäft sowie Handel mit Sägen und Zubehör); 6. auf Blatt 19740 die Firma Förster & Schmidt in Leipzig (Querst. 26/2b). Geschäftsführer sind die Kaufleute Adolf Förster und Johann Waldemar Reinhold Schmidt, beide in Leipzig. Letzterer ist von der Vertretung der Gesellschaft - infolge Verzichts - ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist

am 1. Januar 1921 errichtet. Prokura ist erteilt dem Kaufmann Karl Hans Kupka in Leipzig. (Angegebener Geschäftszweig: Alt-Eisen- und Metall-Großhandlung); 7. auf Blatt 13273, betr. die Firma Braun & Co. in Leipzig: In die Gesellschaft ist eingetreten der Herriker Wilhelm Emil Clemens Braun in Leipzig; 8. auf Blatt 18310, betr. die Firma „Gustav“ Elektro-Großhändler-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig: Emanuel Felgentreu ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann Heinrich Adolph Bödcker in Leipzig; 9. auf Blatt 18464, betr. die Firma F. B. Gully in Leipzig: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Emil Burkhart und der Direktorin Marie Johanna geb. Rieboldt, beide in Leipzig. Jedes von ihnen darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten; 10. auf Blatt 9357, betr. die Firma Leipziger Buchbinderei Aktiengesellschaft, vorm. Gustav Freytag in Leipzig: Die Generalversammlung vom 29. Januar 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen Mark, in zweitausend Aktien zu tausend Mark je Aktie, mithin auf fünf Millionen Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 21. September 1908 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 29. Januar 1921 im § 5 abgeändert worden. Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien lauten auf den Inhaber. Ihre Ausgabe erfolgt zum Kurse von 120 %.

11. auf Blatt 19046, betr. die Firma Weidner Aktiengesellschaft in Leipzig: Die Generalversammlung vom 10. Dezember 1920 hat die Erhöhung des Grundkapitals um fünfzehntausend Mark, in fünfzehnhundert Aktien zu tausend Mark je Aktie, mithin auf eine Million fünfzehntausend Mark, beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag vom 12. Januar 1920 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 10. Dezember 1920 in den §§ 2 und 18 abgeändert worden. Hierüber wird noch bekanntgegeben: Die neuen Aktien sind Vorzugsaktien, sie lauten auf den Inhaber und werden zum Kurse von 120 % ausgegeben, sie erhalten eine Vorrangdividende von 4 %, und in der Generalversammlung gewährt jede Vorzugsaktie über 1000 M. drei Stimmen. 1921  
Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 1. Febr. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 19741 die Firma Nährmittel & Gewürz-Monopol-Vertrieb Frieda Hünicke in Leipzig (Sidonienstr. 41). Martha Frieda geb. Hünicke in Leipzig ist Inhaberin. (Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Tee und Weißwaren); 2. auf Blatt 19742 die Firma Sada-Zinten Wlfe Freilrau von Vossiani in Leipzig (Kappellplatz 7 und Schlenker, Blümenstr. 33). Wlfe Freilrau von Vossiani geb. Wagner in Leipzig ist Inhaberin. (Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Lava-Zinten und Großhandel mit Vitrobedarfsmitteln aller Art); 3. auf Blatt 19743 die Firma Guido Roth in Leipzig (Landsauer Str. 9/11). Der Kaufmann und Chemiker Guido Leo Roth in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Betrieb einer chemischen Fabrik und Großhandel mit Chemikalien und Drogen sowie Export und Import); 4. auf Blatt 19744 die Firma Beckhoffs-Fröbel-Verlag Otto Jacob in Leipzig (Ramerstr. 7). Der Buchhändler Otto Paul Jacob in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Buch- und Lehrmittelhandlung); 5. auf Blatt 19745 die Firma Georg Emil Müller, Zweigniederlassung Leipzig-Vollmarthof in Leipzig (-Vollmarthof, Ritterstr. 17). Zweigniederlassung der in Dresden unter der Firma Georg Emil Müller bestehenden Hauptniederlassung. Der Kaufmann Georg Emil Müller in Rochitz ist Inhaber. Prokura ist erteilt der Kaufmannswitwe Emma Meta Maria Müller geb. Gehrke in Rochitz und dem Kaufmann Ernst Alfred Wöhne in Leipzig. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit ausländischem Holz und Fuhrwerken); 6. auf Blatt 19746 die Firma E. Kurt Müller in Leipzig (Kolonnenstr. 17). Der Zrogiß Edmund Kurt Müller in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Scherzartikeln und Spielwaren, Großhandel mit solchen und die Ausführung großer Kunstfeuerwerke und bengalischer Beleuchtungen); 7. auf Blatt 19747 die Firma Jitael Klein in Leipzig (Kilolastr. 39/45). Der Kaufmann Jitael Klein in Leipzig ist Inhaber. (Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Feilen und Rauchwaren); 8. auf Blatt 12768, betr. die Firma Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn, Aktiengesellschaft in Leipzig, Zweigniederlassung: Die außerordentliche Generalversammlung vom 9. Dezember 1920 hat die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen 300.000 M. in 300 Vorzugsaktien und 3000 Stammaktien zu je 1000 M. beschlossen, mithin auf fünf Millionen 300.000 Mark, beschlossen. Diese Erhöhung ist bereits durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag vom 10. April 1906 ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 9. Dezember 1920 auch in anderen Punkten abgeändert worden. (Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die 300 Vorzugsaktien haben gegenüber den Stammaktien sechsfache Stimmkraft und erhalten aus dem Reingewinn der Gesellschaft 4 % Vorrangdividende. Reicht der Reingewinn in einem Jahre zur Zahlung der Vorrangdividende nicht aus, so ist der Reingewinn der folgenden Jahre zunächst zur Nachzahlung auf die etwa rückständige Vorrangdividende zu verwenden. Das erlöste Stimmrecht der Vorrangaktien soll nur bei Befristung über besonders wichtige Fragen (Rückzahlung, Kapitalerhöhung oder -Herabsetzung, Fusion oder ähnliche Geschäfte, Änderung des Gegenstands des Unternehmens, Auflösung der Gesellschaft oder Veräußerung des Vermögens derselben) Geltung haben. Bei der Auflösung der Gesellschaft erhalten die Vorrangaktien aus den vorhandenen Vermögensbeständen vorweg ihren Rem-



Sport.

Turnen.

4. Sächsisches Kreisturnfest 1921 in Dresden. Nach langjähriger, durch den Krieg bedingter Pause, rückt sich die Turnerschaft Sachsens (14 Kreis der Deutschen Turnerschaft) zu einem großen Kreisturnfest, das vom 16. bis 18. Juli d. J. in Dresden stattfinden wird.

Radsport.

Der Radsportverein Wanderfall-Dresden im Bund Deutscher Radsportler feierte die 25 jährige Wiederkehr seiner Gründung durch ein gut besuchtes Saaisfest im Tivoli. Eröffnete die sportliche Darbietungen im Reigen- und Kunstfahren vornehmlich der Herren. Turner-Briesnig-Cotta eröffnete den sportlichen Teil mit einem sehr gut gefahrenen Nichter-Fahren (4 Damen und 4 Herren) recht schöne Figuren.

Ruffahrt.

Der Flugtechnische Verein Dresden veranstaltete Sonntag, den 13. Februar, 10 Uhr vormittags, in der sächsischen Ruffschiffhalle ein Modellwettfliegen, bei dem folgende Preise ausgeschrieben waren: 1. Preis, 25 M. für ein Modell, das konstruktiv schiefest ist, gut von der Hand und vom Boden startet, gut gefahren und nach beiden Seiten auf Seitensteuer reagiert.

Wirtschaftliches.

Die Bauaktivität in Sachsen im Dezember 1920. (Mitteilung des Statistischen Landesamtes.) Im Monat Dezember wurden in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 211 Baugenehmigungen (gegen 141 im November) erteilt, und zwar in den Kreisbauamtsbezirken Bautzen 46, Chemnitz 22, Dresden 20, Leipzig 74 und Zwickau 29.

Am- oder Aufbauten mit insgesamt 127 Wohnungen erteilt, von denen 10 Rot- und Beheizbauten mit 17 Wohnungen sein werden. Ausgeführt wurden 119 Neubauten mit 327 Wohnungen (gegen 43 Neubauten mit 161 Wohnungen im November).

Deutschlands Ein- und Ausfuhr.

Nach dem Pariser Abkommen der Verbündeten hat Deutschland vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 Jahresabgaben zu machen, die sich von 2 Milliarden Goldmark bis auf 6 Milliarden Goldmark auszuweiten werden. Offensichtlich sind diese 11 Jahre als Latenzzeit gedacht, die Deutschland gestatten sollen, sich wirtschaftlich zu erholen, um vom 1. Mai 1932 ab die vollen Jahresabgaben von 6 Milliarden Goldmark zu bewirken.

das Doppelte und Dreifache von heute beitragen und auch doppelt und dreimal so schwer lasten.

Ein englisches Urteil über den deutschen Handel.

K. P. Berlin, 3. Februar. Aus dem vom britischen Department für Überseehandel veröffentlichten Bericht des Handelssekretärs der britischen Botschaft in Berlin J. B. F. Edinall bringt die "Times" einen Auszug, dem wir folgende Stellen entnehmen: Der Bericht bewundert die Geschicklichkeit, mit der die Kaufleute und Industriellen diese letzten heftigen Schwankungen und Schwüngen nicht nur überlebt — sondern trotz ihrer gute Geschäfte gemacht haben.

Der Handelsbereich zwischen Saargebiet und Frankreich.

DA. Saarbrücken, 3. Februar. In einer Besprechung saarländischer Eisenindustrieller und -händler führte ein französischer Ingenieur als Vertreter der ehemaligen Mannesmann-Röhrenwerke (jetzt Société des Tubes de la Sarre) aus, in Frankreich gehe eine starke wirtschaftspolitische Strömung dahin, das Saargebiet wie vollständig, so auch wirtschaftspolitisch dem französischen Interessengebiet zugehörig betrachtet werde.

Eine Ermäßigung der Banklaufzinsen.

fordern die sächsischen Handelskammern. In einer gemeinsamen Eingabe an den Deutschen Industrie- und Handelsrat wird ersucht, die von den Banken berechneten Umläufen einer Prüfung zu unterziehen und mit der Bereinigung von Banken und Bankiers in Berlin wegen einer Herabsetzung zu verhandeln.

Infolge der außerordentlich hohen Kredite, die jetzt in Anspruch genommen werden müssen, fallen die Banklaufzinsen demnach ins Gewicht, das für die Warenherstellung nicht unwesentlich verteuert. Deshalb werde eine Ermäßigung der Banklaufzinsen auch zur Ausbarmung eines Preisabwärtens beitragen.

Eine gesetzliche Regelung der Ausgabe von Vorkaufaktien.

die vom Reichswirtschaftsministerium angeregt wurde, erscheint den sächsischen Handelskammern nicht ratsam. Der Nachweis einer Überstundungsgefahr wäre selten zu erbringen und die Gefahr einer Überstundung läge gewöhnlich bereits vor, ehe sie nachgenommen werde.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband, Berlin NW. 7, hat Veranlassung, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß deutschen Staatsangehörigen, deren Eigentum in den Vereinigten Staaten von Amerika beschlagnahmt worden ist, laut Bestimmung des amerikanischen Kriegs-Sanktionsgesetzes vom 14. Juli 1919 verbietet ist, geschäftliche Transaktionen, wie z. B. Verkauf oder Verbriefung ihrer Ansprüche, Beteiligung davor oder andere Transaktionen, welche in irgendeiner Beziehung zu ihrem beschlagnahmten Eigentum stehen, vorzunehmen.

Eine neue Interessengemeinschaft in der Spiritusbranche.

Die bereits längere Zeit zu beobachtende Konzentrationbewegung in dieser Industrie hat nunmehr auch auf Sachsen übergriffen. Bereits in 1919 machte die Breslauer Spiritusfabrik Aktiengesellschaft in Berlin den Versuch, sich die hiesige Bramsch-Gesellschaft anzuschließen, doch scheiterte dieser Versuch damals an dem Widerstand einer Gruppe kleinerer Aktionäre bei Stimmhaltung eines Stützaktionärs.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes 'Deutsche Staatspapiere', 'Verschiedene Anleihen', and 'Stadt-Anleihen'.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes 'Deutsche Staatspapiere', 'Deutsche Pfand- u. Hypoth.-Bl.', and 'Transport-Witren'.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes 'Papier- u. Post. Art.- u. Lit.', 'Metall- u. Metallind.-Bl.', and 'Bank-Witren'.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes 'Branzerri- u. Walz.-Bl.', 'Porzell.-, Ton-, Glas-, Kfl.', and 'Verschied. Industrie-Kfl.'.

Unternehmen. Der feinerzeitige Wertstand der Aktien...

Table with columns: Station, Temp. gestern, Temp. heute, Wind, etc. for various locations like Leipzig, Chemnitz, etc.

Künftige Berliner Kurse vom 3. Februar. 5% Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4% Deutsche Reichsanleihe 68,50...

Land- u. Forstwirtschaftliches. Der zweite allgemeine deutsche Saatenmarkt findet Dienstag, den 15. Februar...

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Table with columns: Station, Temp. gestern, Temp. heute, Wind, etc. for various locations like Leipzig, Chemnitz, etc.

Girokastenbuchhalter gesucht. Besorgung vorbehaltlich oberbehördlicher Zustimmung nach Gruppe VI...

Bei der hiesigen Volksschule ist für 1. April 1921 eine händige Lehrerstelle (Lehrerinnen als Bewerber zugelassen) zu besetzen.

Spätestens Ostern 1921 sind an der hiesigen Stadtsschule 4 händige Lehrerstellen zu besetzen. Für eine Stelle ist Befähigung zur Erteilung französischer Unterrichtsbefugung...

An den hiesigen Volksschulen ist für Ostern 1921 eine händige Lehrerstelle zu besetzen. Gehaltsbezüge nach den staatlichen Grundätzen...

2 ständ. Lehrer (Lehrerinnen) = Stellen sind baldmöglichst an unserer mittleren Volksschule zu besetzen. Ostklassen D (Einreihung in eine höhere Ostklasse im Gange)...

Affistent für Gemeindef- und Steuerklasse für sofort gesucht. Besorgung nach Gruppe V, Ostklasse E...

Kaffeehaus Blesch. Heitere Künstlerabende. 9861 Monat Februar. Herr Hans Boehmann, Tenorbuffo...

Friedr. Reis vorm. Café u. Konditorei Schröder. Münchener Straße 5. Fernspr. 17300. Am Reheplatz. Café u. Konditorei. Wein aus 1. Rang.

Wasserkräfte der Elbe und Moldau. 3 Feb. - 8 +70 +177 +145 +142 +197 + 51. 4 Feb. - 6 +68 +187 +140 +135 +184 + 40

An der hier neuzugründenden Verbandsberufsschule sind, vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums, am 1. April 1921

zwei hauptamtliche Lehrerstellen zu besetzen. Erwünscht ist der Nachweis der Teilnahme an einem staatlichen Fortbildungskursus...

1 hauptamtliche wissenschaftliche Lehrerin angestellt werden, die gleichzeitig den Turnunterricht und einige Pflichtstunden in der Stadtschule zu übernehmen hat.

SARRASANI. Täglich 7 Uhr. Sonntag nach 3 Uhr. Vorkauf: Residenz-Kauf u. Circuskasse.

Puppchen. das Operettenpfand. Direktoren Gebr. Blumenthal jr. a. G.

Olympia Theater Altmärkt. Bruno Decarli (früher Schauspielhaus Dresden) in dem von der Presse glänzend beurteilten Kunstfilm Störtebeker. 6 Akte aus Geschichte und Sage.

Schulbänke und alle anderen Schulausstattungsgegenstände empfohlen in erstklassiger Ausführung. Schulmöbelfabrik A. Lickroth & Cie. Niedersiedlitz i. S.

UT Lichtspiele. III. Teil: Die Lieblingsfrau des Maharadscha. Indischer Liebesroman in 6 Akten mit Gunnar Tolnaes. Geschlossene Vorstellungen.

Die schönsten und billigsten Ballblumen und Reiher. hat Hesse, Dresden, Schöffelstr. 10/12, p. 1-4. 3168

Hohe Felle. kauft zu höchsten Tagespreisen 1921. Pelzwarenfabrik Carl Treier, Bettliner Straße 38, I.

Sächs. Staatszeitung. Einzelne Nummern 20 Pf. in Dresden-A. in der Geschäftsstelle...

Tageskalender. Sonnabend, 5. Februar. Staatstheater.

Opernhaus. Der Schwabellmann. Ein musikalisches Schauspiel in zwei Akten...

Wochenplan. Montag: Der Rosenkavalier. Dienstag: Die Fledermaus. Mittwoch: Die Fledermaus.

Schauspielhaus. Die Waise in der Waise. Komische Tragödie in drei Akten...

Opernhaus. Die Waise in der Waise. Komische Tragödie in drei Akten...

Opernhaus. Die Waise in der Waise. Komische Tragödie in drei Akten...

Familiennachrichten. Vermählt: Hr. Arnold Bielefeld mit Fräulein Christine...